

---

# DIE KLEINEN SIND FÜR UNS DIE GRÖSSTEN

---

Grüne Bildungspolitik für Berlin



---

## Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

Bildung ist der wichtigste Schlüssel zu mehr Chancengerechtigkeit und Teilhabe. Leider hängt der Bildungserfolg unserer Kinder immer noch stark vom Elternhaus ab. Das Fundament grüner Bildungspolitik ist daher, dass jedes Kind seine Potenziale voll entfalten kann – unabhängig von seiner Herkunft und dem sozialen Hintergrund.



Dieses ambitionierte Vorhaben kann nur funktionieren, wenn alle Kinder und Jugendlichen mit ihren persönlichen Stärken und Schwächen gezielt gefördert werden. Daher sagen wir ganz klar: Die Kleinen sind für uns die Größten.

Mit dieser Broschüre möchten wir Ihnen anhand konkreter Ideen zeigen, wie wir unser Bildungssystem besser machen können: von der Ausstattung in den Kitas über die Lehrpläne in den Schulen bis hin zur besseren Qualifikation des pädagogischen Personals. Doch der Berliner Senat ignoriert das wachsende Problem kaputter Schulgebäude sowie fehlender LehrerInnen und ErzieherInnen in den Kitas seit Jahren. Das macht unsere Anstrengungen für bessere Bildung umso notwendiger.

Eine zentrale Herausforderung wird dabei sein, die vielen Flüchtlingskinder in unser Bildungssystem zu integrieren. Auch sie sollen die besten Startmöglichkeiten in ihrer neuen Heimat bekommen. Mit den richtigen Konzepten und dem Engagement vieler BerlinerInnen wird die Integration unserer neuen jungen MitbürgerInnen gelingen.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen viel Spaß bei der Lektüre.

Mit herzlichen Grüßen



Ihre Antje Kapek



---

## Inhalt

### 6 Einleitung

### 9 Kita und frühkindliche Bildung – Auf die Kleinsten kommt es an

Lebenslanges Lernen beginnt schon in der Kita. Bei den Kleinsten wird der Grundstein für ein erfolgreiches und zufriedenes Leben gelegt. Grüne Bildungspolitik setzt sich deshalb besonders für gute Kitas ein.

### 19 Auf dem Weg zur Guten Schule 2030

Schule, das ist heute mehr als Frontalunterricht an der Tafel. Die Berliner LehrerInnen engagieren sich für einen modernen und abwechslungsreichen Unterricht. Doch Sanierungsstau und Personalmangel werden vielerorts zur Blockade. Grüne Bildungspolitik setzt sich für einen Kraftakt ein, die Schulen zukunftsfest zu machen.

### 35 Keine Denkverbote: Offene Hochschulen statt Verwertbarkeitslogik

Ein Studium ist für junge Menschen die Kür nach vielen Jahren Pflichtprogramm in der Schule. Doch an den bürokratisierten Hochschulen gerät das freie Denken schnell an seine Grenzen. Grüne Bildungspolitik setzt sich für offene Hochschulen ein, die mehr bieten als reine Berufsqualifizierung.

### 39 Impressum

# Kinder individuell fördern – gute Bildung schaffen

**B**erlin gibt viel Geld aus für Bildung, die Erfolge sind trotzdem bescheiden. Zu viele junge Menschen verlassen ohne guten Abschluss die Schule. Manche Abgänger können nicht einmal richtig lesen und schreiben. Die soziale Herkunft bestimmt nach wie vor in entscheidendem Maß über Chancen und Teilhabemöglichkeiten. Im Bildungssystem gibt es immer noch zu viel Aussonderung und zu wenig individuelle Förderung und Ermutigung.

Bildung muss aber mehr sein als Ausbildung. Bildung heißt nicht, Kindern und Jugendlichen möglichst viel Wissensstoff einzutrichtern. Vielmehr muss Bildung jedem Menschen ermöglichen, seine Persönlichkeit zu entwickeln und umfassend zu entfalten. Es geht darum, Talente zu entdecken und zu fördern, an Interessen und Neigungen anzuknüpfen, soziale Kompetenzen zu stärken. Die Vermittlung von Wissen gehört dazu, aber sie sollte möglichst breitgefächert sein: Ein Verständnis für Kunst und Kultur, Freude an der Bewegung und ein Sinn für politische Partizipation müssen genauso vermittelt werden wie Naturwissenschaften und Sprachen.

Bei der Bildung der Menschen geht es um Vielfalt – und diese Vielfalt ihrer Interessen und Eigenschaften muss sich in der Bildungslandschaft Berlins widerspiegeln. Sie muss allen Bürgern zugänglich sein, unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, Alter, Begabung, sozialer Herkunft, Zuwanderungsgeschichte und körperlichen oder psychosozialen Einschränkungen.

Niemand darf in Zukunft verloren gehen – weder Menschen mit besonderen Förderbedarfen noch Hochbegabte. Wir Grünen gehen daher bei guter Bildung immer vom Einzelnen aus. Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, das auf Gleichberechtigung (Inklusion) und individuelle Förderung setzt. Jeder Mensch ist anders, lernt unterschiedlich schnell und auf seine ganz persönliche Weise.

Deshalb streben wir Grünen ein Bildungssystem an, das auf Inklusion und individuelle Förderung setzt, unterschiedliche Geschwindigkeiten zulässt, Unterbrechungen und Wiedereinstiege ermöglicht, durchlässig in alle Richtungen ist und die Menschen ein Leben lang begleitet.

# Kita und frühkindliche Bildung – Auf die Kleinsten kommt es an

Lebenslanges Lernen beginnt schon in der Kita. Bei den Kleinsten wird der Grundstein für ein erfolgreiches und zufriedenes Leben gelegt. Grüne Bildungspolitik setzt sich deshalb besonders für gute Kitas ein.

von Marianne Burkert-Eulitz

Krippen und Kitas sind die ersten Stationen des lebenslangen Lernens. Hier werden Kinder umfassend in ihrer Entwicklung gefördert. Neben der Familie und dem engsten sozialen Umfeld sind Kitas und Krippen die wichtigsten Lernorte für unsere Kleinsten.

Das zeigen auch wissenschaftliche Studien. Sie belegen, dass Kita-Kinder beim Spracherwerb und Sprachvermögen sowie bei Motorik und Sozialverhalten bessere Fortschritte machen als Kinder, die keine Kita besuchen. In der Regel sind Kita-Kinder später beim Start in die Schule erfolgreicher, das Lernen fällt ihnen leichter. Kinder, die ohne Betreuung von Beginn an benachteiligt wären, haben durch den Kita-Besuch bessere Chancen auf Bildung und gesellschaftliche Teilhabe.

Für Kinder aus Zuwanderungsfamilien ist der frühe Kita-Besuch besonders wichtig. Denn er hat hohe Bedeutung für den Spracherwerb. Durch die Kita können Migranten-Kinder von Anfang an zweisprachig aufwachsen und müssen die deutsche Sprache nicht nachträglich und mühsam als „Fremdsprache“ erlernen. Es ist gut, wenn Kinder eine Sprache konsequent im Elternhaus und die andere in der Kita sprechen. Wir Grünen unterstützen aber die mehrsprachige Erziehung und fordern mehr bilinguale Kitas und Schulen.

## Bildung in der Kita

In Kitas wird in jeder Situation das Lernen spielerisch in den Alltag integriert. Tag für Tag entdecken und erforschen die Kinder ihre Lebenswelt selbstständig und auf neue Weise. Dabei begleitet sie idealerweise ein Fachpersonal, das ermutigt und anregt. Eine vertrauensvolle Bindung zwischen Kindern und ErzieherInnen ist ungemein wichtig. Nur auf der Grundlage von Vertrauen und Sicherheit in der Beziehung zu Erwachsenen können die Kinder Selbstvertrauen und Selbstsicherheit entwickeln. Das Lernen in Kitas unterscheidet sich so von formalisierten Formen des Lernens in der Schule.

Vertrauen ist aber auch zwischen ErzieherInnen und Eltern wichtig. Die Familie ist die wichtigste Erziehungs- und Orientierungsinstanz für die Kinder. Eine optimale Entwicklung kann daher nur in einer engen Zusammenarbeit zwischen Familie und Kita gelingen. Das erfordert einen regelmäßigen Austausch. Interkulturelle Kompetenz ist dafür eine wichtige Voraussetzung.

Eltern haben selbstverständlich das Recht, in alle Belange der Erziehung und der Entwicklung ihrer Kinder miteinbezogen zu werden. Die Kita sollte aber auch die erste Anlaufstelle für Angebote in der Elternbildung und bei Fragen rund um die Erziehung sein. Das ist ein wichtiger Teil der Arbeit in einer Kita, der sich auch im Personalschlüssel niederschlagen muss.

## Je besser die Kita, desto besser die frühkindliche Bildung

Wie gut die frühkindliche Bildung ist, wird also maßgeblich von der Qualität der Kitas beeinflusst. Damit sie dem gewachsenen Anspruch als Bildungsinstitution gerecht werden können, wurde das „Berliner Bildungsprogramm“ entwickelt und die Ausbildung der Fachkräfte verbessert. Ein wichtiger Faktor ist der Betreuungsschlüssel. Er gibt die Anzahl der Fachkräfte vor, die für die Betreuung von Kindern zur Verfügung stehen müssen. Ein spezieller Personalschlüssel gilt etwa für die Betreuung von Kindern mit besonderem Förderbedarf und für Kinder aus sozial benachteiligten Gebieten.

Wir Grünen fordern, dass die aktuellen Betreuungsschlüssel für die Kitas und Krippen verbessert werden. Gerade bei der Betreuung der Kleinsten liegt Berlin im Bundesvergleich weit hinten. Eine Fachkraft betreut bei uns durchschnittlich



In den Berliner Kitas und Krippen betreut eine Fachkraft im Schnitt sechs Kinder. Das muss sich ändern, fordern wir Grünen.

sechs Kinder unter drei Jahren. Hier müssen wir möglichst bald ein Verhältnis von 1:4 erreichen. Bei den über Dreijährigen betreut eine Fachkraft sieben bis acht Kinder. Wir setzen uns auch dafür ein, dass der Betreuungsschlüssel für Kinder aus geflüchteten Familien verbessert wird.

## Mehr Zeit für die Betreuung der Kinder

Natürlich muss eine Kita geleitet und verwaltet werden, auch die Vorbereitung und Dokumentation der täglichen Arbeit frisst viel Zeit. Doch darunter sollte nicht die eigentliche pädagogische Arbeit mit den Kindern leiden. Verwaltungsaufgaben dürfen nicht länger nebenbei erledigt werden. Dafür muss es realistische Freistellungen geben, die sich im Personalschlüssel niederschlagen.

## Mehr Qualitätskontrolle in Kitas

Eigentlich gibt es in Berlin bereits wichtige Grundlagen für eine gute Qualität in den Kitas: das Kindertagesförderungsgesetz (KitaFöG), das Berliner

Bildungsprogramm sowie verschiedene Qualitätsvereinbarungen gehören dazu. Sie bilden die Grundlage für Betriebsgenehmigungen von Kitas. Ferner gibt es das Berliner Kita-Institut für Qualitätsentwicklung. Zudem sind alle Kitas verpflichtet, ihre Arbeit fachgerecht beurteilen zu lassen.

Trotzdem ist Berlin von einem funktionierenden System externer Qualitätskontrolle weit entfernt. Praktisch niemand hat einen Überblick über die erzieherische Qualität der einzelnen Kitas: weder die Senatsverwaltung noch die Jugendämter der Bezirke – und schon gar nicht die Eltern. Die Bezirke haben keine rechtliche Möglichkeit, einen Einblick zu bekommen. Und die Kita-Aufsicht der Senatsverwaltung hat zu wenig Personal und zu wenig Eingriffsmöglichkeiten, um eine wirksame Kontrolle zu leisten.

Wir Grünen fordern daher, dass die externe Qualitätskontrolle der Kitas besser wird. Land und Bezirke müssen personell und in ihren Eingriffsmöglichkeiten gestärkt werden.

## Kita-Plätze ausbauen, Betreuungsangebote schaffen

Berlin wächst. Vor allem junge Menschen zieht es in die Stadt, viele von ihnen wünschen sich früher oder später Kinder oder haben bereits welche. Hinzu kommen viele zu uns geflohene Familien. All diese Kinder brauchen möglichst schnell einen Kita-Platz, um sie in das Bildungssystem zu integrieren.

Allein um den aktuellen Bedarf zu decken, muss Berlin so schnell wie möglich über 10.000 neue Kita-Plätze schaffen. Dieser Bedarf wird bald auf mindestens 20.000 Plätze ansteigen. Denn jedes Kind hat einen guten Kita-Platz verdient, der auch den Wünschen der Eltern entspricht und in der Nähe der Familienwohnung liegt. Derzeit haben Eltern jedoch kaum eine Wahl, wohin sie ihr Kind geben. Viele sind froh, wenn sie überhaupt einen freien Platz finden. Das muss sich ändern!

Kita-Plätze kosten Geld (siehe Infokasten S. 13), vor allem wenn neue Kitas gebaut werden müssen. Anfangs konnten noch viele Plätze zu geringeren Fördersummen geschaffen werden, indem bestehende Einrichtungen erweitert wurden. Diese Variante ist so gut wie ausgereizt. Auch die preiswerte Anmietung von Gewerberäumen ist kaum noch möglich.

Darum geht es jetzt verstärkt um echten Neubau. Für die sofort gebrauchten 10.000 neuen Plätze sind mindestens 150 Millionen Euro aus Landesmitteln nötig. Die vom Senat aktuell eingeplanten Mittel in Höhe von etwa 45 Millionen Euro aus Bundes- und Landesmitteln reichen bei weitem nicht aus.

Der notwendige Kita-Neubau muss also dringend beschleunigt werden. Eine Voraussetzung dafür ist, dass landeseigene Grundstücke schnell und unbürokratisch an bauwillige Kita-Träger übertragen werden können. Nur wenn die Träger beleihungsfähige Grundstücke erhalten, können sie Kredite für den Aus- und Neubau von Kitas aufnehmen. Aus den Platzgeldern können keine Überschüsse erwirtschaftet werden, denn diese Mittel müssen vollständig für eine gute Kita-Qualität ausgegeben werden.

## Fachkräfte ausbilden, Personalmangel bekämpfen

Einen Fachkräftemangel gibt es in Berlin mittlerweile in fast allen Branchen. Auch Kita-Träger haben Schwierigkeiten, ausreichend Personal zu finden. Insbesondere der Anteil männlicher Fachkräfte ist viel zu gering, um in jeder Kita

### So viel kostet ein neuer Kita-Platz

Für die Schaffung eines neuen Kita-Platzes fallen durchschnittlich folgende Kosten an:

**26.500 Euro**

für Neubauten  
(ohne Grundstückskosten)

**5500 Euro**

wenn lediglich Umbaumaßnahmen erforderlich sind.

**16.500 Euro**

bei Anbauten an bestehende Kitas, wenn die benötigten Anschlüsse (Wasser, Strom etc.) auf dem Grundstück schon bestehen und genutzt werden können.

**1000 Euro**

als Unterstützung für die Ausstattung von Elterninitiativ-Kitas. Die Eltern erbringen mindestens die gleiche Summe als Eigenleistung.

die erwünschte Erziehung durch männliche Rollenvorbilder zu gewährleisten. Diese Situation wird sich im Zuge des weiteren Kita-Ausbaus noch verschärfen. Schon heute fehlen 1000 Fachkräfte. Mit fortschreitendem Ausbau und verbesserten Betreuungsschlüsseln wird der Bedarf rasch auf 5000 Fachkräfte ansteigen.

Ein Teil des neuen Kita-Personals lässt sich sicherlich aus den künftigen AbsolventInnen der Erzieherausbildungsgänge gewinnen. Doch das Fachkräfteproblem werden diese AbsolventInnen allein nicht lösen. Viele von ihnen gehen zu Schulen, in andere soziale Einrichtungen oder zur Jugendhilfe. Andere bleiben nicht lange im Beruf, da die Arbeitsbedingungen nicht sonderlich attraktiv sind. Hinzu kommt, dass viele ältere ErzieherInnen bald in den Ruhestand gehen.

Und Mehrarbeit? Da der Anteil an Vollzeitkräften in Berlin sehr hoch ist, lassen sich durch eine Stundenaufstockung nur sehr begrenzt zusätzliche Personalreserven erschließen. Ein Ausbau der Ausbildungskapazitäten für die Voll- und Teilzeitausbildung ist notwendig – auch an Hochschulen. Dabei muss aber im Auge behalten werden, dass genügend Praxisplätze für die Ausbildung zur Verfügung stehen.

Gute Betreuung für alle Kinder: Berlin braucht mehr Kita-Plätze und mehr Personal.



Auf der Grundlage einer klaren Ausbildungsstruktur muss es zukünftig Qualifizierungsmodule geben. Absolventen verwandter Berufe können so fehlende Qualifikationen und damit einen anerkannten Abschluss erwerben, ohne die komplette Ausbildung durchlaufen zu müssen. Bei ausländischen Berufsabschlüssen ist ebenfalls zu prüfen, wie diese mittels modularer Nachqualifizierung anerkannt werden können. Darüber hinaus müssen spezialisierte Sprachkurse für ausländische Fachkräfte angeboten und gefördert werden.

## Quereinstieg in den Beruf als Chance begreifen

Viele Menschen orientieren sich im Laufe ihres Lebens beruflich um. Andere haben keinen formalen Bildungsabschluss, interessieren sich mit gewachsener Lebenserfahrung aber für den ErzieherInnen-Beruf. Sie alle können eine Bereicherung für Kitas sein. Das Modell Quereinstieg kann aber nur gelingen, wenn es Ausbildungsgänge mit ausreichend Praxisanteil gibt. Wir Grünen schlagen die Einrichtung einer Anlauf- und Beratungsstelle vor, die über Ausbildungswege informiert und auch den Trägern Sicherheit vermittelt. Die Ausbildung muss den Erwerb formaler Bildungsabschlüsse (MSA) und ein gutes Sprachniveau sicherstellen.

Die Arbeitsagenturen müssen hier eingebunden werden, weil sie allgemeine Bildungsanteile in der Regel nicht fördern und ihre Förderung nur zwei Jahre umfasst. Sinnvoll wäre ein Ausbildungsplan für angehende ErzieherInnen: Die einzelnen Module können dann vom Jobcenter, aus Landesmitteln der Arbeitsförderung und anderen Fördermitteln finanziert werden. Am Ende steht ein vollwertiger Berufsabschluss als ErzieherIn.

## Personallücken schließen mit teilqualifizierten Kollegen

Der notorische Personalmangel in den Kitas wird sich nicht auf die Schnelle beheben lassen. Der Einsatz von teilqualifiziertem Personal kann vorübergehend helfen, Lücken zu schließen. Die Zahl der Menschen, die eine Erzieherausbildung aufnehmen, wird so deutlich erhöht. Gleichzeitig darf der Betreuungsschlüssel dadurch nicht verschlechtert werden. Die Anrechenbarkeit von teilqualifiziertem Personal muss sich nach dem jeweiligen Ausbildungsstand

richten. Unerfahrene KollegInnen anzuleiten, ist für das Fachpersonal aufwendig, deshalb muss im Personalschlüssel dafür Zeit eingeplant werden. Grundsätzlich sollte es einen Zeitrahmen geben, in dem teilqualifizierte ErzieherInnen zu einem anerkannten Berufsabschluss geführt werden müssen.

Und was ist gute Bezahlung? Niemand bestreitet, dass wir mehr und besser ausgebildete ErzieherInnen brauchen. Aber der Beruf wird nur dann attraktiver, wenn sich auch die Arbeitsbedingungen verbessern: Dazu gehören auch eine bessere Vergütung, bessere Aufstiegschancen und mehr soziale Anerkennung.

Das Fazit: Die Kitas müssen sich nicht nur als erste, sondern auch als maßgebliche Bildungseinrichtung unserer Kinder weiterentwickeln. Dabei darf es keine Aufweichung der Qualitätsstandards in der Ausbildung und im beruflichen Alltag der ErzieherInnen geben. Je jünger die Kinder sind, desto größer ist der Einfluss des Fachpersonals auf die Entwicklung der Kinder.

## Flüchtlinge sind willkommen – Die Kita als Integrationsort

Geflüchtete Menschen, die in Berlin eine neue Heimat suchen, brauchen für ihre Kinder so schnell wie möglich einen Kita-Platz. Nur hier können die Kleinen rasch die deutsche Sprache lernen und sich in ihr neues Lebensumfeld einfinden. Die Kita ist zudem ein guter Ort, wo Geflüchtete erste Kontakte zu Berliner Familien knüpfen können. Besondere Anforderungen stellen sich für die Betreuung von traumatisierten Kindern (und Familien). Hier brauchen die Kita-Fachkräfte Unterstützung – zum Beispiel durch Zuschläge im Betreuungsschlüssel, Beratung, Weiterbildung und Coaching.

## Mobile Kitas

Geflüchtete Familien müssen leider oft viele Monate in Not- und Gemeinschaftsunterkünften leben. Kita-Plätze sind in der nahen Umgebung häufig schwer zu finden. Deshalb muss es als Alternative ein niedrigschwelliges Angebot für die Kinder im Kita-Alter geben. Denn gerade die Kleinsten dürfen keine Zeit beim Spracherwerb verlieren.



Als Zwischenlösung fordern wir Grünen daher ein flächendeckendes Angebot durch „Mobile Kitas“. Das sind Busse, die Flüchtlingsunterkünfte regelmäßig anfahren und die Kinder wie in einer Kita betreuen. An Bord sind ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen, die den Familien bei der Integration helfen und den Kindern einen guten Einstieg ins Bildungssystem ermöglichen. Mobile Kitas helfen den Eltern aber auch beim Stellen von Anträgen und beim Zugang zu Regeldiensten und anderen Unterstützungsnetzwerken. Unterstützt werden die Teams von SprachmittlerInnen und ehrenamtlichen HelferInnen.

## Von der Kita zur Schule

Mit dem ersten Schultag beginnt ein völlig neuer Lebensabschnitt. Um den Kindern den Übergang in die Schule zu erleichtern, ist eine frühzeitige Zusammenarbeit zwischen Kitas und Schulen wichtig. Je mehr ErzieherInnen, LehrerInnen und Familien miteinander reden, desto besser lassen sich Unsicherheiten abbauen – und Vertrauen kann entstehen. Reden und sich kümmern kostet aber Zeit. Deshalb brauchen ErzieherInnen und LehrerInnen entsprechende Freiräume, um den Übergang von der Kita zur Schule optimal zu gestalten.

### Marianne Burkert-Eulitz

Sprecherin für Kinder, Jugend und Familie  
Sozialpolitische Sprecherin



Marianne Burkert-Eulitz ist direkt gewählte Abgeordnete aus Friedrichshain-Kreuzberg. Um die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in Berlin zu verbessern, setzt sie sich für qualitativ hochwertige Kita-Plätze für alle, einen wirksamen Kinderschutz und eine gute Finanzierung der Berliner Jugendhilfe ein.

Tel. +49 (0)30.2325-2461  
marianne.burkert-eulitz@gruene-fraktion-berlin.de  
[www.marianne-burkert-eulitz.de](http://www.marianne-burkert-eulitz.de)

# Auf dem Weg zur Guten Schule 2030

Schule, das ist heute mehr als Frontalunterricht an der Tafel. Die Berliner LehrerInnen engagieren sich für einen modernen und abwechslungsreichen Unterricht. Doch Sanierungstau und Personalmangel werden vielerorts zur Blockade. Grüne Bildungspolitik setzt sich für einen Kraftakt ein, die Schulen zukunftsfest zu machen.

von Stefanie Remlinger

Die soziale, ökologische und ökonomische Entwicklung unserer Gesellschaft ist untrennbar mit einer guten Bildungslandschaft verbunden. Wir Grünen sind bereit, auf diesem Feld Verantwortung zu übernehmen. Weil wir den unbedingten Willen an den Tag legen, unseren Berliner Schulen und allen Menschen, die dort direkt oder indirekt zu tun haben, einen Stellenwert zu verleihen, der diesen Orten angemessen ist.

Dazu gehört zunächst eine ehrliche Bestandsaufnahme der aktuellen Situation. Fangen wir bei den Gebäuden an: Aus der vor einigen Jahren formulierten politischen Agenda „Sparen, bis es quietscht“ wurde durch das ruinöse und strukturelle Vernachlässigen unserer Bildungseinrichtungen die Devise „Sparen, bis es riecht“. Marode Schultoiletten, undichte Dächer und Fenster, kaputte Turnhallen: Die Liste des staatlichen Versagens ist lang und für Lehrkräfte wie für Schülerinnen und Schüler oft deprimierend.

Rund zwei Milliarden Euro beträgt der Sanierungstau aktuell an Berlins Schulen. Das ist nur eine vage Schätzung, weil verlässliche Daten leider fehlen. Doch Zahlen benötigen wir unbedingt als Orientierung: für eine verantwortungsvolle Politik mit dem Ziel, die Ist-Situation nachhaltig zu verbessern. Auch das sollte zur neuen Ehrlichkeit der Berliner Bildungspolitik gehören.



## Schulsanierung und Neubau – eine Milliarde Euro Sofortprogramm nötig

Pro Jahr werden wir 270 Millionen Euro an Sanierungsmitteln brauchen, um den dramatischen Verfall unserer Schulgebäude zu stoppen. Das ist eine Menge Geld, die einer Schätzung der Wohnungswirtschaft zugrunde liegt. Sie setzt diese Summe pro Jahr für den Unterhalt von Immobilien von 2,5 Prozent des Wiederbeschaffungswerts an. Selbst nach konservativer Berechnung benötigen wir in Berlin bis 2022/23 mindestens zehn Grundschulen. Der Preis für den Neubau liegt bei 100 bis 150 Millionen Euro. Dazu kommen noch einmal so viele Sekundarschulen und Gymnasien. Dafür werden weitere 200 bis 250 Millionen Euro für vernünftige Neubauten notwendig.

Ob diese Summen angesichts der in großer Zahl zu uns kommenden Menschen reichen werden, ist ungewiss. Wichtig ist zu beachten, dass wir konservativ gerechnet haben und schnellstens 400 Millionen Euro für neue Schulen zur Verfügung stellen müssen! Das dürfen keine Container-Kisten sein. Sondern wir brauchen anständige, auf Nachhaltigkeit und pädagogische Qualität angelegte Schulgebäude. Aus Grünen-Sicht sollten es Gebäude sein, die bei nur drei bis fünf Prozent höheren Baukosten auch energetisch auf dem neuesten

Einsturzgefährdeter Haupteingang: Der Zustand vieler Schulen in Berlin ist besorgniserregend.



Stand sind – also mehr Energie erzeugen als sie selbst verbrauchen. Die kann man sogar zügig bauen, wenn man den Mut hat, die Verfahrensabläufe in den Verwaltungen zu verschlanken.

Wenn es um Ehrlichkeit in der Bildungspolitik geht, sollte man auch begreifen, dass sich Ganztagsunterricht nicht mit notdürftigen Bauten verträgt. Das Gebäude als „dritter Pädagoge“: Dieses Bild ist keine leere Phrase, sondern drückt die Wertschätzung für eine zeitgemäße, moderne Bildungspolitik aus. Nicht nur die Schülerinnen und Schüler profitieren von einer angenehmen Atmosphäre, sondern auch die LehrerInnen bis hin zu den SozialarbeiterInnen, SekretärInnen und HausmeisterInnen.

Sanierung und Neubau von Schulen werden uns in der kommenden Dekade jährlich eine halbe Milliarde Euro kosten. Das ist wirklich eine große Herausforderung. Manchen mag das zu viel Geld sein. Aber die Zahl ist ehrlich. Und die Investitionen sind absolut notwendig, ohne Wenn und Aber. Wer das nicht einsieht, war noch nie zu Gast an einer beliebigen Berliner Schule. Allen Zweifeln sei gesagt, dass sich die Ausgaben in Bildung lohnen werden. Eine bessere Umsatzrendite für die Gesellschaft wird man nirgendwo sonst bekommen.

## Lehrkräftemangel bekämpfen, Studienplätze schaffen

Die Berliner Lehrerschaft steht vor einer riesigen Pensionierungswelle. In den kommenden Jahren werden tausende KollegInnen in den Ruhestand gehen. Zugleich schnellen die Schülerzahlen in die Höhe. So benötigen die Berliner Schulen allein in den nächsten vier Jahren 8000 Lehrkräfte. Doch der Senat hat es versäumt, auf beide Entwicklungen frühzeitig zu reagieren. Nun suchen die Berliner Schulen händeringend nach neuen Lehrerinnen und Lehrern. Der Versuch des Senats, Pädagogen aus anderen Bundesländern abzuwerben, stellt auf Dauer keine Lösung dar. Denn inzwischen stehen immer mehr Länder vor dem gleichen Problem.

Nein, wir bilden einfach zu wenige Lehrkräfte in Berlin aus. Deshalb fordern wir Grünen, dass an den Hochschulen mehr Lehramtsstudienplätze geschaffen werden, insbesondere für den Grundschulbereich. Hier stehen nur rund 150 Plätze zur Verfügung, obwohl jährlich etwa 1000 Grundschullehrkräfte benötigt werden. An dieser Situation muss sich dringend etwas ändern, sonst ist es

um die Grundschulen schlecht bestellt. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass die PädagogInnen an Grundschulen künftig dasselbe verdienen müssen wie ihre KollegInnen an den Oberschulen.

## Frischer Wind durch QuereinsteigerInnen

Klar ist aber auch: Ohne QuereinsteigerInnen werden wir den Bedarf in den kommenden Jahren nicht decken können. Das kann man durchaus als Chance sehen. QuereinsteigerInnen bringen reichhaltige Erfahrungen aus der Berufswelt und neue Perspektiven in die Lehrerschaft ein und können so zu einer Bereicherung innerhalb eines pädagogischen Teams werden. Dennoch gelingt ein guter Start in den Schuldienst nur, wenn auch die Rahmenbedingungen stimmen. QuereinsteigerInnen müssen deshalb pädagogisch nachqualifiziert werden. Und die Schulen brauchen für die Einarbeitung dieser neuen KollegInnen mehr Zeit.

Die Einarbeitung neuer LehrerkollegInnen ist dabei nur ein Aspekt – weshalb wir finden, dass das traditionelle Arbeitszeitmodell für Lehrkräfte verändert werden muss. Wir müssen weg von der Vorstellung, Schule bestehe aus einzelnen Unterrichtsstunden, unterrichtet von einzelnen Lehrkräften, in einzelnen Fächern, für homogene Gruppen von Schülern. Die Anforderungen, die unsere moderne Gesellschaft an Schule stellt, ist nicht von lauter Einzelkämpfen zu bewältigen.

Die Forschung zeigt: Jede Gruppe erzeugt bessere Ergebnisse als der oder die intelligenteste Einzelne. Wenn wir aber möchten, dass ein Team von Lehrkräften und ErzieherInnen zusammenarbeitet mit SozialarbeiterInnen, SonderpädagogInnen und Schulhelfern, mit SekretärInnen, Verwaltungspersonal und SystemadministratorInnen; wenn wir eine partizipative Schule möchten, an der SchülerInnen, Eltern und das Profi-Team der Schule gemeinsam das Schulleben gestalten und regeln: Dann braucht man dafür Zeit. Wir möchten den Schulen diese Team-Zeit geben und damit den Einstieg in ein anderes Arbeitszeitmodell schaffen. Endlich!

## Die Grundschulen in den Fokus

Nachdem auf Initiative von uns Grünen die Früheinschulung zurückgenommen wurde, ist endlich der Weg frei, um die Bedeutung von Bildung in der Grundschule verstärkt in den Blick zu nehmen. Hier wandelt sich der von der Kita



Die Bildungsangebote in der Grundschule sind entscheidend für die Entwicklung der Kinder.

ausgehende Bildungsauftrag hin zur Vermittlung von Basiskompetenzen. Diese Grundbildung, das Hinführen auf die Erfordernisse und Methoden formaler Bildung – auch wenn die informelle Bildung weiter ihre Bedeutung behält – legt einen zentralen Grundstein für die weitere Entwicklung unserer Kinder.

Die zentrale Bedeutung der Grundschulen sollte sich jedoch auch auf der Ebene der LehrerInnen widerspiegeln. Wir müssen endlich weg von dem Prinzip: je kleiner die Kinder, desto kleiner das Gehalt und die Wertschätzung für die PädagogInnen! Nicht anspruchsloser dürfen die Bildungsangebote sein, je kleiner die Kinder sind – nein, gerade die Jüngeren brauchen die besten pädagogischen Angebote. Denn sie sind noch nicht in der Lage, sich ihre Bildungswege, Angebote und Methoden selbst zu organisieren.

Stattdessen gehört es zu den vielfältigen Aufgaben der Grundschule, die Basis zu legen für diese Selbständigkeit, für eine demokratische Kultur in der Gemeinschaft und für die Fähigkeit der Kinder, Selbstverantwortung zu übernehmen. Das Gleiche gilt natürlich für die fachlichen Grundlagen: die Entwicklung der Sprachkompetenz, der mathematischen und musisch-ästhetischen Grundbildung ist entscheidend. Defizite können später nur noch mit größerem Aufwand ausgeglichen werden.

## Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf

Schulen brauchen Zeit und Ressourcen. Das gilt im besonderen Maße für den Bereich der Eingliederung (Inklusion) von Kindern mit Behinderungen. Die inklusive Beschulung hat längst begonnen. Berlin ist hier ein gutes Stück vorangekommen, inzwischen besuchen über 50 Prozent der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine Regelschule.

Wir Grünen möchten allen Beteiligten Mut machen und sie gleichzeitig um Geduld bitten: Denn für die Weiterentwicklung unserer Bildungslandschaft zu einem inklusiven Bildungssystem bedarf es eines umfassenden Entwicklungsprozesses, in dem wir alle Lernende sind. Niemand wird zur Inklusion gezwungen. Keine Förderschule wird nur deshalb geschlossen, weil wir Inklusion wollen.

Stattdessen machen wir uns alle gemeinsam auf den Weg. Wir definieren, wie die Schulen ausgestattet sein müssen, um der Vielfalt ihrer Schülerschaft im Unterricht pädagogisch gerecht zu werden. Dabei stützen wir uns auf den Beteiligungsprozess und die Ergebnisse des Fachbeirats. Und auf die Erfahrung der Schulen, die sich schon längst auf den Weg gemacht haben – und zeigen, dass von echter Inklusion alle Kinder profitieren, auch die ohne Behinderungen.

## Kindern aus Flüchtlingsfamilien gute Startchancen bieten

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die ohne Deutschkenntnisse zu uns kommen, steigt in Berlin kontinuierlich. Fast alle unterliegen der Schulpflicht oder haben das Recht, eine Berliner Schule zu besuchen. Deshalb gibt es die sogenannten Willkommensklassen. Sie sollen eine erste Station sein, die dem Ankommen dient und beim Erlernen der deutschen Sprache hilft. Ein möglichst schneller Übergang in die Regelklassen bleibt das übergeordnete Ziel. Ob und inwiefern dieses Vorhaben gelingt, ist derzeit schwer zu überblicken. Hier werden dringend mehr Daten benötigt.

Gleichzeitig gilt: Die Resonanz aus den Schulen sowie ihr Engagement ist gerade angesichts der Größe der Aufgabe erfreulich positiv. Viele Kollegen haben gute Konzepte für zeitweise gemeinsamen Unterricht sowie gemeinsame schulische Aktivitäten entwickelt, um die Strukturen durchlässiger zu gestalten.

Ehrlicherweise muss man eingestehen, dass das nicht reichen wird. Wir Grünen fordern daher ein Bonusprogramm für Willkommensklassen. Schulen sollen so schnell und selbständig entscheiden dürfen, was Schülerinnen und Schüler aus Flüchtlingsfamilien benötigen. Die entsprechenden Leistungen können die Schulen dann „einkaufen“. Ob SozialarbeiterInnen, TherapeutInnen oder SprachmittlerInnen: Die Schulen wissen selbst am besten, was angemessen ist und hilft. Bei der bürokratisch-verwaltungstechnischen Abwicklung dieses „Einkaufs“ von Leistungen müssen sie unterstützt werden. Wir Grünen schlagen dafür eine bezirkliche „Service-Stelle Willkommensklassen“ vor. Außerdem darf die Deutsch-Förderung nicht sofort enden, sobald die Kinder in Regelklassen übergehen.

## Wohin nach der Grundschule?

Wir Grünen bekennen uns zur Schulstrukturreform. Die Reform hat das Berliner Schulsystem entscheidend weiterentwickelt und insbesondere durch die Fusion von Haupt-, Real- und Gesamtschulen zu Sekundarschulen einen großen Schritt in Richtung Bildungsgerechtigkeit ermöglicht. Das Ziel, auch an den Integrierten Sekundarschulen (ISS) alle Bildungsabschlüsse einschließlich des Abiturs zu erhalten, ist für den Erfolg der neuen Sekundarschulen zentral. Allerdings ist klar, dass nicht jede ISS eine eigene Oberstufe haben kann und Verbundmodelle entwickelt werden müssen.

Sie können mit der Breite ihrer Bildungsangebote bis zum allgemeinbildenden Abitur ein idealer Partner für die Sekundarschulen sein. Außerdem halten wir diese Schulform auch aufgrund ihrer Kombination von (berufs-)praktischem und theoretischem Lernen für alle SchülerInnen für attraktiv.

Wir Grünen sind der Überzeugung, dass die Schulqualität entscheidend für die Akzeptanz einer Schule ist und sein sollte. Das Schulwahlverhalten der Familien spricht hier eine eindeutige Sprache: Die äußere Schulform, ob Gymnasium oder Sekundarschule, ist nicht mehr das allein ausschlaggebende Kriterium, sondern es ist die Qualität der Schule. Wir werten dies als Erfolg der Reform. Unabhängig davon freuen wir uns besonders über Schulen, die unter Beweis stellen, wie leistungsfähig die Konzepte längerer gemeinsamen Lernens sein können. Und wir unterstützen die Familien, die sich für solche Lernformen entscheiden. Gleichzeitig können und möchten wir nicht einfach warten, bis sich mehr Schulen zu inklusiven Schulen im umfassenden Sinne

entwickelt haben. Wir wissen, wie ungleich die Chancen der Kinder aus unterschiedlichen Milieus und unterschiedlicher kultureller Herkunft an dieser Übergangsschwelle zu den Oberschulen verteilt sind. Umso wichtiger ist es, zwei weitere zentrale Herausforderungen unseres Bildungssystems sofort anzugehen, die von den Sekundarschulen oft allein bewältigt werden müssen.

## Keine neuen Restschulen

Auch bei diesem Thema ist Ehrlichkeit zwingend erforderlich. Es darf nicht länger peinlich verschwiegen werden, dass es rund ein bis zwei Dutzend Oberschulen in Berlin gibt, die in besonders großer Bedrängnis sind. Sie sind an objektiven Schuldaten, zum Beispiel an der geringen Zahl an Schulabgängern, die einen Ausbildungsplatz finden, klar zu erkennen. Wir möchten nicht zulassen, dass hier einfach weggeschaut wird. Allerdings hilft diesen Schulen auch kein blinder Aktionismus. Es hat wenig Sinn, ein ums andere Notprogramm aufzulegen und die Schulen ansonsten alleine zu lassen. Stattdessen müssen wir uns Zeit nehmen und auswerten, welche der unterschiedlichen Ansätze tatsächlich hilft. Diese Hilfe sollen die Schulen dann auch bekommen.

Mit großem Interesse beobachten wir in diesem Zusammenhang freie Schulen, die sich derzeit in sozial benachteiligten Kiezen gründen. Sie möchten beweisen, dass sie die Kinder aus einkommensschwachen Familien mit oder ohne Migrationshintergrund erfolgreich beschulen können. Wir Grünen wünschen uns, dass diese Schulen in die Gespräche und konzeptionellen Überlegungen mit einbezogen werden.

## MigrantInnen an die Bildungsspitze

Die Sensibilität für interkulturelle Fragen spielt für uns dabei wie im Schulsystem insgesamt eine große Rolle. Unter dem Motto „MigrantInnen an die Bildungsspitze“ möchten wir Grünen deshalb ein Aktionspaket mit verschiedenen Maßnahmen schnüren. Denn ob Kinder einen Migrationshintergrund haben oder nicht, darf nicht länger derart stark über ihren Bildungserfolg entscheiden, wie es derzeit der Fall ist.

Wir können hier im Rahmen einer Broschüre nicht alle Faktoren besprechen, die bei diesem Thema eine Rolle spielen. Auch streiten wir keineswegs ab,



Berlin ist vielfältig: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund bereichern unsere Schulen.

dass schon viel unternommen wurde, um Chancen-Ungerechtigkeiten abzubauen. Dennoch bleibt hier aus unserer Sicht noch viel zu tun.

Zu tief stecken Vorurteile über „bildungsferne“ Familien und Milieus in vielen Köpfen. Zu oft wird aus den falschen Gründen vom Gymnasium abgeraten und Jugendlichen mit Migrationshintergrund gesagt, sie sollten sich keine illusorischen Ziele setzen. Der prinzipiell mindestens gleichwertige Bildungsweg über die Sekundarschulen und Oberstufenzentren und möglicherweise eine duale Ausbildung wird dabei oft als minderwertig, wenn nicht gar stigmatisierend dargestellt beziehungsweise empfunden.

Ein weiteres Problem: Zu viele Ängste, die Kinder und Jugendlichen wollten sich nicht ausreichend integrieren, verhindern den Ausbau von Sprachangeboten für Türkisch, Arabisch und Kurdisch oder auch osteuropäische Sprachen. Und in einer Lehrer- und Erzieherchaft, die die tatsächliche Zusammensetzung der Gesellschaft nicht selbst widerspiegelt, fehlen Vorbilder.

Es gibt also dringenden Handlungsbedarf. Wir Grünen finden, dass es an der Zeit ist, unsere Wertschätzung für die unterschiedlichen Sprachen und Kulturen der Welt zu beweisen, indem wir das Angebot an zwei- und mehrsprachiger

Erziehung und Bildung konsequent ausweiten. Berlins Bevölkerung ist bunt. Wir brauchen also auch eine bunte Lehrer- und Erzieherchaft, die zu unserer multikulturellen Gesellschaft passt.

Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund machen wir Grünen deshalb gezielt Werbung für die Lehrberufe. Außerdem treffen wir mit den Berliner Hochschulen konkrete Vereinbarungen zu Nachqualifizierungsmodulen. Sie können Menschen, deren ausländischer Bildungsabschluss hier nicht voll anerkannt wird, einen effizienten Weg in das Lehramt ermöglichen. Ausweiten möchten wir Bildungsgänge für ErzieherInnen, die Menschen mit im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen den Weg zur/zum staatlich anerkannten Erzieher/in erleichtern. Ein Musterbeispiel ist das Programm, das wir Grünen mit Hilfe der Anschwung-Initiative und des GIZ e.V. an der Anna-Freud-Schule in Berlin-Charlottenburg etabliert haben.

## Brücken bauen mit kultureller Bildung

Kulturelle Bildung spielt für uns eine besondere Rolle – auch weil sie eine Brücke zwischen unterschiedlichen Kulturen bauen können. Wir möchten, dass jedes Kind in Berlin mit allen Sinnen lernt, seine jeweilige kulturelle Herkunft dabei nutzt und sich in verschiedensten Sprachen ausdrücken kann – ob in der bildenden Kunst, in Schauspiel, Literatur oder Musik. Berlin hält durch seine Vielzahl und Bandbreite an etablierten Kulturinstitutionen und durch die starke freie Kultur-Szene ein wunderbares Potenzial für die Zusammenarbeit mit Schulen bereit. Dies gilt es zu nutzen, um die Persönlichkeitsentwicklung ebenso zu befördern wie die Sprachkompetenz und Interpretationsfähigkeit.

Gleichzeitig gilt: Kulturelle Bildung durchdringt da, wo sie gelingt, das gesamte schulische Angebot und sollte nicht allein in den Freizeitbereich verlagert werden. Künstlerisch-kreative Unterrichts- und Lernmethoden können vielmehr in alle Unterrichtsfächer einbezogen werden. Denn sie regen die Sinne an, erhöhen die Merkfähigkeit, erzeugen kreative Energien und halten die Wahrnehmung wach. Die Integration in das schulische Angebot erfordert allerdings auch geregelte Arbeitsverhältnisse für die Kulturschaffenden. Um Nachhaltigkeit zu gewährleisten, müssen erfolgreiche Projekte verstetigt werden.

## Digitale Medienbildung: In die Zukunft investieren

Ob Smartphone oder Notebook: Ihre Freizeit verbringen die SchülerInnen immer mehr mit digitalen Medien. Die Ausstattung der Schulen mit entsprechenden Geräten hinkt dagegen dem Stand der Zeit hinterher. Sie werden damit ihrem Bildungsauftrag nicht gerecht, den SchülerInnen die digitalen Kompetenzen zu vermitteln, die diese für ihr späteres gesellschaftliches und berufliches Fortkommen brauchen. Berlin versäumt so auch die Chance, aus eigener Kraft Nachwuchs für den aufstrebenden digitalen Dienstleistungssektor und die angestrebte „Smart City“ zu fördern. Mehr Einsatz von digitalen Medien ermöglicht neue Formen des kollaborativen und des individuellen Lernens und der individuellen Förderung. Die gilt es zu nutzen.

Fest steht gleichzeitig: Digitale Medien bringen auch Probleme und Herausforderungen mit sich. Datenschutz, IT-Sicherheit, Cybermobbing und Sexting sind Themen, mit denen sich SchülerInnen, Lehrkräfte und Eltern intensiv auseinandersetzen sollten. Über den Umgang mit Handys wurde an mindestens jeder zweiten Schule bereits heftig debattiert. Der Einsatz von sozialen Netz-

Nicht den Anschluss verlieren: An Berliner Schulen muss die digitale Medienbildung gestärkt werden.



werken wie Facebook und Whatsapp ist für die innerschulische Kommunikation zwischen LehrerInnen und SchülerInnen aus Gründen des Datenschutzes und der Gleichbehandlung wenig geeignet.

Wir Grünen fordern eine umfassende Neukonzeption für den Einsatz digitaler Medien an Berliner Schulen. Der „eEducation Berlin Masterplan“ des Senats ist überholt. Berlin braucht eine funktionstüchtige, sichere Lernplattform unter dem verstärkten Einsatz von Open Educational Resources. Denn Lehrkräfte und SchülerInnen sollen nicht befürchten müssen, gegen Urheberrechte zu verstoßen. Für den Zugang zu einer solchen Plattform benötigen alle Schulen einen Breitbandanschluss. Dieser ist auch deshalb notwendig, weil zusätzlich noch der schulverwaltungstechnische Datenverkehr bewältigt werden muss – sofern ihn der Senat jemals funktionstüchtig bekommt.

Dringend benötigen die Schulen schließlich eine Ressource für die professionelle, fachgerechte Administration dieser Geräte. Und auch für den Themenbereich Medienbildung gilt: Berlins breite außerschulische Trägerlandschaft sollte als Partner der Schulen mit einbezogen werden. Der seit langem geforderte Runde Tisch zum Thema Medienbildung sollte endlich vom Senat eingerichtet werden – nicht um Konflikte zu moderieren, sondern um gemeinsam über Konzepte für künftige Entwicklungen nachzudenken, die niemand von uns bereits abschließend einschätzen kann.

## Bildung für eine nachhaltige Entwicklung im 21. Jahrhundert

Die ökologische Frage ist die zentrale Frage des 21. Jahrhunderts. Sie wird heute gerne unter dem Begriff der Nachhaltigkeit diskutiert. Es geht um eine zukunftsfähige Verbindung von ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung – eine Entwicklung, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt – und zwar weltweit.

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist deshalb weit mehr als eine Ansammlung von einzelnen umwelt-, energie- und klimapolitischen Projekten, die an manchen Schulen mithilfe von Einzelfinanzierungen durchgeführt werden. Sie bedeutet vielmehr, globale Fragen in den Mittelpunkt zu rücken, für die es meist noch keine fertigen Antworten gibt. Sie bedeutet, unseren Kindern Mut und Einsatzfreude zu vermitteln, solche neuartigen Lösungen zu suchen.

Wir haben die Welt von unseren Kindern nur geborgt? Dann sollten wir ihnen auch zuhören und zutrauen, auf diese Welt aufzupassen.

## Lernen findet nicht nur in der Schule statt

Kulturelle Bildung, Medienbildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung und vieles mehr: Die meisten der oben genannten Themen sind inzwischen prinzipiell Konsens in der Gesellschaft und im neuen Rahmenlehrplan für Berlin und Brandenburg auch explizit verankert. Bei der Frage, wie die Integration der „übergreifenden Themen“ tatsächlich gestaltet werden kann, dürfen die Schulen aber nicht allein gelassen werden. Zumal es hier zum Großteil um Themen geht, die nicht identisch sind mit den Fachdisziplinen der Lehramtsausbildung. Umso mehr bietet sich gerade bei diesen Themen eine Zusammenarbeit mit außerschulischen PartnerInnen an. Das kann Lehrkräfte entlasten.

Wir Grünen finden es aber auch wichtig, dass die SchülerInnen Gelegenheit haben, den Stadtraum als Bildungslandschaft zu erleben und zu erproben. Hochschulen, Unternehmen, Kultureinrichtungen, Musik- und Volkshochschulen, Bibliotheken und Museen, Umweltbildungseinrichtungen, Gartenarbeits-schulen, Verkehrsschulen oder freie Jugendeinrichtungen: Es gibt zahllose PartnerInnen, die als Erfahrungsräume für die Kinder und Jugendlichen bereitstehen. Nach ein paar Praxis-Tagen können sich für sie neue Fragen und Ideen ergeben und vielleicht sogar eine klarere Vorstellung, was sie in ihrem Leben als Nächstes machen möchten. Viele der erwähnten Institutionen und Träger sind akut gefährdet. Berlin muss diese Lern- und Erfahrungsorte sichern und für Kooperationen faire Rahmenbedingungen und Beschäftigungsverhältnisse schaffen.

## Wohin nach der Schule?

Wir lernen nicht für die Schule, sondern für das Leben. Jeder kennt das Sprichwort. Doch viele Menschen – und zunehmend mehr Betriebe, die Nachwuchs-sorgen haben – würden heftig bestreiten, dass der Schulalltag von dieser Maxime durchdrungen ist. Manche bezweifeln eher, dass Schulabschlüsse überhaupt eine Aussagekraft haben. Denn vielen Absolventen gelingt der nächste Schritt in die Ausbildung nicht. Vielleicht sollten die Schulen mehr Wert darauf legen, was aus ihren ehemaligen SchülerInnen wird.



Schule – und dann? Schulen müssen Jugendliche bei der Berufswahl unterstützen.

Denn jedes Jahr schaffen Tausende von Jugendlichen in Berlin nicht den Übergang in die duale Ausbildung oder ins Studium; ja viele erhalten nicht einmal den gewünschten Platz in einem der weiterqualifizierenden Bildungsgänge der beruflichen Schulen und Oberstufenzentren. Oft wissen wir schlicht nicht, was aus den erfolglosen Schulabgängern wird – sie verschwinden einfach aus allen Statistiken.

Deshalb halten wir Grünen es für einen der größten Erfolge unserer Oppositionsarbeit, dass wir den Senat überzeugen konnten, in Berlin eine Jugendberufsagentur einzuführen. Damit ist nicht nur der Anspruch verbunden, dass niemand mehr im oben genannten Sinne „verloren geht“. Es geht auch um eine neue Bündelung all der Beratungs- und Hilfsangebote, die an dieser ersten Schwelle des Übergangs von der Schule zum Beruf zur Verfügung stehen. Und nicht zuletzt geht es um die neuen „Berufsorientierungs-Büros“, die im Zuge dieser Reform nun an allen Schulen eingerichtet werden. Damit haben wir systemisches Neuland betreten: Das Thema „Wohin nach der Schule?“ ist nun strukturell in den Schulen verankert.

Wir Grünen werden diesen Prozess weiter intensiv begleiten. Nicht zuletzt um zu verhindern, dass die Reformen des Senats in die falsche Richtung geführt

werden. Für uns geht es nämlich nicht um eine frühe Vorfestlegung von Karrieren. Es geht auch nicht um verstärkte Berufsorientierung allein deshalb, weil der Fachkräftemangel der Betriebe gelindert und die Jugendlichen in duale Ausbildung gelotst werden sollen. Vielmehr geht es um dualen, lebensnahen Unterricht und einen Fokus auf die Persönlichkeitsentwicklung der Jugendlichen, die am Ende der Schulzeit so etwas wie eine Berufswahlkompetenz bekommen sollen.

Wichtig ist, dass dabei die Perspektive der Jugendlichen, ihre Wünsche und Stärken im Mittelpunkt stehen und sie möglichst viel Gelegenheiten erhalten, sich in verschiedenen Richtungen auszuprobieren – in den Richtungen, die sie selbst vorgeben. Das bedeutet keinen Widerspruch zu unserem Wunsch, die duale Ausbildung wie die berufliche Bildung in Berlin insgesamt ernster zu nehmen, aufzuwerten und bei allen bildungspolitischen Diskussionen zu berücksichtigen. Uns geht es darum, die Jugendlichen besser in die Lage zu versetzen, eine motivierte tragfähige Entscheidung für ihre Zukunft zu treffen – ob für Ausbildung, Studium oder noch ganz andere Varianten.

## Stefanie Remlinger

Stellv. Fraktionsvorsitzende

Sprecherin für Bildung und berufliche Bildung



Stefanie Remlinger ist Abgeordnete aus Pankow. Sie setzt sich für gute Schulen ein, in denen jedes Kind sich optimal entwickeln kann. Die Chancen dualer und beruflicher Bildung hält sie derzeit noch für unterbelichtet. Sie selbst wollte nie Dachdeckerin oder Sanitärfachfrau werden, kümmert sich aus aktuellem Anlass aber leidenschaftlich um Schulsanierung und Schulneubau.

Tel. +49 (0)30.2325-2473

[stefanie.remlinger@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:stefanie.remlinger@gruene-fraktion-berlin.de)

[www.stefanie-remlinger.de](http://www.stefanie-remlinger.de)

# Keine Denkverbote: Offene Hochschulen statt Verwertbarkeits- logik

Ein Studium ist für junge Menschen die Kür nach vielen Jahren Pflichtprogramm in der Schule. Doch an den bürokratisierten Hochschulen gerät das freie Denken schnell an seine Grenzen. Grüne Bildungspolitik setzt sich für offene Hochschulen ein, die mehr bieten als reine Berufsqualifizierung.

von Anja Schillhaneck

Wir Grünen halten an der Idee der ganzheitlichen Bildung fest. Vorbild ist Humboldts „Universitas“: eine Einheit von Forschung, Lehren und Lernen. Wir möchten Hochschulen, in denen sich Erwachsene aller Altersgruppen selbstverantwortlich und jenseits von Schulpflicht bilden. Daher sehen wir das Studium nicht als reine „Berufsqualifizierung“. Viel wichtiger ist es, mit Neugier zu lernen und sich mit Freude neue Kompetenzen und Wissensfelder anzueignen.

Wir setzen uns zudem für kritische Hochschulen ein, die sich in gesellschaftliche Debatten einmischen und sie mit ihren Erkenntnissen bereichern und vorantreiben. Dafür braucht es an den Hochschulen eine gelebte Kultur der demokratischen Teilhabe, die wir nach Kräften unterstützen.

Wir Grünen möchten außerdem offene Hochschulen. Das heißt, dass es nicht nur einen einzigen exklusiven Zugangsweg, sondern viele unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten geben muss: ob mit Abitur, über den „Zweiten Bildungsweg“ oder über eine berufliche Qualifikation. Dazu brauchen wir in Berlin

besser finanzierte Studienplätze, weniger NC-Beschränkungen, mehr gut ausgebildete und fair bezahlte WissenschaftlerInnen, eine gute moderne Infrastruktur sowie die Gebührenfreiheit des Studiums. Denn Bildung darf nicht vom sozialen Status bestimmt werden und muss allen – unabhängig von Herkunft und finanziellen Mitteln – offenstehen.

## Weniger Regeln, mehr Inhalte

Die Bologna-Reform sollte das Studium flexibler gestalten und die Möglichkeiten zur internationalen Anerkennung von Seminarscheinen und Abschlüssen verbessern. Oft ist das Gegenteil passiert: starrere Regelungen, eine stärkere Verschulung sowie weniger Flexibilität in der Gestaltung des Studiums wurden studentischer Alltag. Wir setzen uns dafür ein, dass die Studiengänge entbürokratisiert und die kleinteiligen Prüfungsordnungen übersichtlicher und schlanker werden. Das Hochschulstudium muss wieder flexibler und dem Alltag der Studierenden und Lehrenden gerecht werden.

Grundsätzlich brauchen wir mehr Flexibilität bei der Anerkennung von Leistungen anderer Hochschulen oder auch außerhochschulisch erworbener Leistungen. Nur so können wir zum Beispiel geflüchteten Menschen den Zugang zu unseren Hochschulen ermöglichen. Unter ihnen sind viele Fachleute, die in ihren Herkunftsländern schon ein Studium abgeschlossen oder begonnen haben. Parallel müssen vernünftige Sprachkurse angeboten werden. Die Hochschulen sind gefordert, ihre Studienkollegs und Beratungsangebote auszubauen. Bildung gilt nicht zufällig als Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration, auch die Hochschulen spielen hier eine entscheidende Rolle. Zudem werden von einem größeren Kurs- und Seminarangebot nicht zuletzt auch die Berliner Landeskinder profitieren.

## Freier Zugang zu Wissen

Hochschulen brauchen gut ausgestattete Bibliotheken mit aktuellen Literaturbeständen und moderner wissenschaftlicher Infrastruktur, um Wissen zu bewahren und zu vermitteln. Das umfasst gut gepflegte Datenbanken, Repositorien und Archive. In einer zunehmend wissensbasierten Gesellschaft bekommt die Arbeit von Bibliotheken und Archiven eine immer größere Bedeutung bei der Speicherung und Verwertung alten und neuen Wissens.

Wir Grünen fordern schon seit Jahren Open Access auf allen Ebenen. Daher unterstützen wir die neue Open-Access-Strategie des Landes, um den Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen und den Ergebnissen der Arbeit an den Hochschulen für alle zu ermöglichen. Denn öffentlich finanziertes Wissen muss auch für alle Mitglieder der Gesellschaft zugänglich sein.

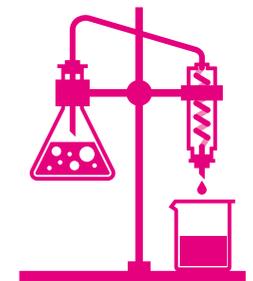
## In Bildung und Infrastruktur investieren!

Doch gute Wissenschaft kostet Geld – zum Beispiel für gute WissenschaftlerInnen, gut ausgestattete Bibliotheken und Labore und die faire Bezahlung aller MitarbeiterInnen. Diese Investitionen zahlen sich in vielfacher Hinsicht für das Land aus: Zum einen bilden die Hochschulen dringend benötigte Fachkräfte aus. Zum anderen gründen Studierende und ForscherInnen Firmen in der Region und schaffen Tausende neue Arbeitsplätze.

Der Sanierungs- und Investitionsstau an den Hochschulen stellt diese jedoch mittlerweile vor große Probleme. So können etwa eigene Räume – oder gar ganze Gebäude – wegen ihres maroden Zustands nicht mehr genutzt werden. Eigentlich für Lehre und Forschung benötigte Gelder müssen so für die Anmietung externer Räumlichkeiten aufgewendet werden. Daher fordern wir, dass mit den Hochschulen endlich ein belastbares Sanierungskonzept erstellt wird, das sowohl die ständig steigende Studierendenzahl berücksichtigt als auch die vielfältigen Altlasten. Der Sanierungsstau an den Hochschulen muss dringend behoben werden!

## Kopf frei fürs Lernen und Forschen

Eine gute Infrastruktur und Beratung entscheidet in hohem Maße über den Studienerfolg und hält den Kopf frei fürs Lernen und Forschen. Die mittlerweile über 175.000 Studierenden in Berlin brauchen beispielsweise auch gute Mensen an den Hochschulstandorten. Sie brauchen genügend Wohnheimplätze, die mit BAföG bezahlbar sind. Und sie brauchen Beratungsangebote für schwierige Studien- und Lebenslagen. Wir Grünen fordern daher, das Angebot des Berliner Studentwerks mit Landesmitteln angemessen auszubauen.



## Gute Arbeit in der Wissenschaft

Eine Karriere in der Wissenschaft ist für viele AkademikerInnen ein Traum. Derzeit sehen die Zukunftsaussichten aber nicht gerade rosig aus. Eher ist mit ständigen Existenzsorgen zu rechnen. Nur die ProfessorInnen haben noch einen gesicherten Job, fast alle anderen Beschäftigten an der Hochschule sind über befristete Lehraufträge oder begrenzte Projektmittel angestellt. Das betrifft im zunehmenden Maße auch technisches Personal und Verwaltungskräfte. So kann man auf Dauer keine exzellente Wissenschaft und gute Ausbildung sicherstellen.

Wir haben daher Pläne erstellt, wie auf Landesebene das Prekariat in der Wissenschaft beendet werden kann, damit wieder normale, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverträge der Regelfall werden. Kurze Vertragslaufzeiten müssen unterbunden werden, auf Bundesebene setzen wir uns für eine radikale Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ein. Wir möchten die Betreuungsrelationen wieder deutlich verbessern und die Situation auf Qualifikationsstellen verbessern. Schließlich müssen die Hochschulen über eine solide Grundfinanzierung in die Lage versetzt werden, mit einer guten Personalentwicklung ihren MitarbeiterInnen attraktive Karriereoptionen zu bieten. Dann bleiben die Hochschulen auch in der Zukunft ein Ort der Exzellenz.

### Anja Schillhaneck

Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses

Sprecherin für Wissenschaft, Forschung und Technologie



Anja Schillhaneck ist Abgeordnete aus Tempelhof-Schöneberg und steht für eine gute Wissenschafts- und Hochschulpolitik ein. Sie möchte das Recht auf Bildung für alle verwirklichen, unabhängig von sozialer Herkunft. Konkret heißt das zum Beispiel, dass Bachelor- und Masterstudiengänge grundlegend verbessert werden müssen.

Tel. +49 (0)30.2325-2418

[anja.schillhaneck@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:anja.schillhaneck@gruene-fraktion-berlin.de)

[www.anja-schillhaneck.de](http://www.anja-schillhaneck.de)

### Impressum

#### Herausgeberin

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Abgeordnetenhaus von Berlin  
Niederkirchnerstraße 5  
10111 Berlin

Tel. +49 (0)30.2325-2400

[gruene@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:gruene@gruene-fraktion-berlin.de)

[www.gruene-fraktion-berlin.de](http://www.gruene-fraktion-berlin.de)

#### Konzept und Projektleitung

Ivonne Straka

#### Redaktion

Ivonne Straka, Julian Mieth, Haiko Pregel

#### Texte

Marianne-Burkert Eulitz, Stefanie Remlinger,  
Anja Schillhaneck, Gabriele Vonnkold,  
Dr. Annette Wostrak, Tom Münster,  
Eva Marie Plonske

### Lektorat

Haiko Pregel

### Gestaltung

Cskw – [www.cskw.de](http://www.cskw.de)

### Fotos

Titel, S. 4, 8, 11, 14, 16, 18, 23, 27, 29, 32,  
34 und 37: Shutterstock; S. 20: privat

### Druck

Laserline Druckzentrum, Berlin

### Redaktionsschluss

Januar 2016

1. Auflage, 2500 Stück

Diese Publikation ist kostenlos und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Gedruckt auf 100% Recycling-Papier (FSC-zertifiziert und mit dem Blauen Umweltengel ausgezeichnet) und klimaneutral hergestellt.

Sie interessieren sich für unsere Arbeit?  
Bleiben Sie informiert und abonnieren Sie  
unsere Newsletter unter:

[gruene-fraktion-berlin.de/newsletter/subscribe](http://gruene-fraktion-berlin.de/newsletter/subscribe)

Oder folgen Sie uns bei Facebook und Twitter:

[facebook.com/GrueneFraktionBerlin](https://facebook.com/GrueneFraktionBerlin)

[twitter.com/GrueneFraktionB](https://twitter.com/GrueneFraktionB)

